

Senatsbeschlüsse

über die 140. Sitzung des Senats

am 30.01.2018, 11:15 Uhr

3455.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 23.01.2018

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 23. Januar 2018.

3456.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 23. bis 25.01.2018

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 23. bis 25. Januar 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 23. Januar 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 24. Januar 2018)

Nr. 19/424 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Wann wird das Jugendamt in die Lage versetzt, gesetzliche Aufgaben vollumfänglich und zeitnah wahrnehmen zu können?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 28. November 2017

(Drucksache [19/700 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/425 S

Fragestunde

1. Melderegisterauskünfte der Stadt Bremen
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW
vom 29. November 2017
2. Inobhutnahme von Minderjährigen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe
BIW vom 29. November 2017
3. Nach dem Freimarkt ist vor der Osterwiese
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Dieter Reinken, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD vom 30. November 2017
4. Barrierefreie Spielangebote – ein Bestandteil des
Spielraumförderkonzeptes?
Anfrage der Abgeordneten Ingelore Rosenkötter, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD vom 30. November 2017
5. Focke-Wulf-Windkanal
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 4. Dezember
2017
6. Krebsregister für Feuerwehrleute
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt, Klaus-Rainer Rupp und Fraktion
DIE LINKE vom 5. Dezember 2017
7. Straßenbahngleise versus Fernwärmeleitungen?
Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Heike Sprehe, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD vom 5. Dezember 2017
8. Frei.Wild-Konzert am 13. April 2018 in der Stadthalle
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Nima Pirooznia, Dr. Maike
Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Dezember 2017
9. Park-and-ride-Anlage in St. Magnus zeitgemäß?
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas
Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2017
10. Winterspielplätze
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 14. Dezember 2017

11. Baumspenden – kann Bremen noch grüner werden?

Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Dezember 2017

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Parkplatzchaos am Unisee?

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. Januar 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/426 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/427 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22. Januar 2018

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Statistische Erfassung des nachmittäglichen Betreuungsbedarfs von Schulkindern

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/519 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Statistische Erfassung des nachmittäglichen Betreuungsbedarfs von Schulkindern (weiterer Bericht)
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/718 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Ehrenamtliche Imkerinnen/Imker
Verwaltungshelferinnen/Verwaltungshelfern gleichstellen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/707 S](#))
 1. Wir fordern den Senat auf, die rechtliche Stellung von ehrenamtlichen Imkerinnen und Imkern dahingehend zu überprüfen, ob dieser Personenkreis im Schadensfall ausreichend geschützt ist.
 2. Wir fordern den Senat auf, Vorschläge zu erarbeiten, ob und wie die rechtliche Gleichstellung (Haftpflichtversicherung) von ehrenamtlichen Imkerinnen und Imkern, die im staatlichen Auftrag tätig werden, mit Verwaltungshelferinnen und Verwaltungshelfern erreicht werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Inneres (federführend) und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

4. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Verwaltungsrat „Die Bremer Stadtreinigung – Anstalt öffentlichen Rechts“

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nelson Janßen

zum stellvertretenden Mitglied für den Verwaltungsrat „Die Bremer Stadtreinigung – Anstalt öffentlichen Rechts“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Auf geht's ins Weserstadion: bequem, umwelt- und anwohnerfreundlich
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 13. Dezember 2017
(Drucksache [19/708 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, unter Beteiligung der Bremer Weserstadion GmbH und des Beirats konzeptionell zu erörtern, wie an Spieltagen im Umfeld des Stadions Verkehrsraumkonflikte zwischen Fahrradfahrern und den Nutzern anderer Verkehrsträger vermieden werden können.

Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob unter temporärer Nutzung der vorhandenen mobilen Fahrradständer eine Verbesserung der Abstellproblematik im Stadionumfeld erreicht werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

(federführend) und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

6. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2016
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/711 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Geschäftsbericht und die Haushaltsrechnungen zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Rechnungsprüfungsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 130 für die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses in Bremen Altstadt zwischen Obernstraße und Langenstraße einschließlich der Kleinen und Großen Waagestraße
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/712 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 130.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 121 (zugleich Vorhaben und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Wohnhauses zwischen Riensberger Straße, Riekestraße und der Kleinen Wümme in Bremen Horn-Lehe

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/714 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 121.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

9. Bebauungsplan 2492 für ein Gebiet in Bremen Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes 2199

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/715 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2492.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

10. Container weaternutzen statt verkaufen
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/719 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 25
vom 12. Januar 2018
(Drucksache [19/720 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/428 S

Entgeltbasierte Finanzierung der Kindertagesbetreuung (z. B. Kita-Gutscheine) – eine Lösung für Bremens Kita-Versorgung?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. September 2017
(Drucksache [19/577 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/706 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/429 S

Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/725 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/430 S

Welche „Smart-City“-Projekte hat der Senat bislang umgesetzt?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. September 2017

(Drucksache [19/587 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017

(Drucksache [19/601 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/431 S

Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern – Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-Standortentscheidungen schaffen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/710 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (federführend) und die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/432 S

Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten

Antrag der Fraktion der FDP vom 6. April 2016

(Drucksache [19/138 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/433 S

Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten

Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 26. April 2017

(Drucksache [19/487 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gebeten, zur Gewinnung von validen Daten zum Betreuungsbedarf von Eltern, der von den bestehenden Zeitmustern abweicht, eine externe Elternbefragung in 2018 zu beauftragen. Die endgültige Fassung des Fragenkataloges wird vorab im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ abgestimmt.
2. Drei Monate nach Beschlussfassung eine Übersicht aufzubereiten, aus der die im jeweiligen Stadtteil angebotenen Randzeitenbetreuungen durch Einrichtungen und Tagespflegepersonen zur Verfügung gestellt wird. Diese sind auf www.kinderbetreuungskompass.de zu veröffentlichen.
3. Durchführung und Evaluation in Abstimmung mit den Trägern eines Modellversuchs zur Erprobung flexibler Zeitmuster im Kindergartenjahr 2018/19. Dabei sind u.a. folgende Fragen zu berücksichtigen: Wie können bedarfsgerechte Angebote mit gesamtstädtischer

Versorgungsfunktion organisiert werden, und wie werden sie angenommen? Wie kann der pädagogische Gruppenalltag so gestaltet werden, dass Kinder zu unterschiedlichen Tageszeiten zusammen sind? Wie kann eine wirtschaftliche Aufgabenwahrnehmung gewährleistet werden?

4. Ein Konzept zur Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Modellversuch und aus der Elternbefragung für die künftige Kita-Angebotsplanung vorzulegen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt vom dem Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Konzeptes.

Nr. 19/434 S

Zustand von hausnahen Spielflächen regelmäßig kontrollieren!

Antrag der Fraktion der CDU +vom 9. Mai 2017

(Drucksache [19/492 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/435 S

Spielplätze kindgerecht instand halten und weiterentwickeln!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 7. November 2017

(Neufassung der Drucksache [19/593 S](#) vom 20. September 2017)

(Drucksache [19/605 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/436 S

Bürgertelefon auch Anlaufstelle bei Diskriminierungen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 29. November 2017

(Drucksache [19/701 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Bürgertelefon Bremen mit einem Informationssystem mit Daten, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern sowie Aufgabengebieten aller Beratungsstellen Bremens auszustatten, um eine qualifizierte Weitervermittlung zu ermöglichen und dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss binnen sechs Monaten über die Umsetzung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/437 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Klassenstärken an Bremer Schulen – Werden die Obergrenzen eingehalten?

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 16. Mai 2017

(Drucksache [19/501 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/531 S](#))

2. Wann wird aus dem Sofortprogramm Wohnungsbau des Senats ein Sofortprogramm?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/506 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 25. Juli 2017
(Drucksache [19/542 S](#))
3. Sportentwicklungsplan der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/520 S](#))
4. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. August 2016
(Drucksache [19/342 S](#))
5. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen
Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/525 S](#))
6. Freiwilligenticket für den ÖPNV
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/526 S](#))
7. ÖPNV statt Führerschein – ein attraktives Angebot für Seniorinnen und Senioren schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 7. September 2017
(Neufassung der Drucksache [19/570 S](#) vom 22. August 2017)
(Drucksache [19/578 S](#))
8. Bremer „Altenplan“ jetzt aktualisieren. Altenpolitik wieder aktiv gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU vom 19. Juni 2017
(Drucksache [19/527 S](#))

9. Für den vollständigen Erwerb der BREBAU durch die öffentliche Hand!
Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/528 S](#))
10. Mehr GEWOBA wagen – Perspektiven der Eigentumsstruktur und der Gewinnverwendung bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 13. September 2017
(Drucksache [19/584 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/599 S](#))
11. Wasser für alle: Auch Bremen braucht öffentliche Trinkbrunnen
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/529 S](#))
12. Bremer Straßennamen entkolonialisieren!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. Juni 2017
(Drucksache [19/533 S](#))
13. Überseestadt
5. Entwicklungsbericht
Mitteilung der städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und
Landwirtschaft vom 10. August 2017
(Drucksache [19/557 S](#))
14. Kostenfreier Zugang zu Museen in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 15. August 2017
(Drucksache [19/562 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/589 S](#))
15. Hinterlandbebauung stärker fokussieren und durch einen
Innenentwicklungsmanager unterstützen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 22. August 2017
(Drucksache [19/567 S](#))

16. Stadttamt strukturell neu aufstellen
Antrag der Fraktion der CDU vom 23. August 2016
(Drucksache [19/353 S](#))
17. Stadttamt strukturell neu aufstellen
Bericht der städtischen Deputation für Inneres
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/572 S](#))
18. Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20. September 2017
(Drucksache [19/592 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. November 2017
(Drucksache [19/691 S](#))
- 19 Chancen in Woltmershausen nutzen – Lankenauer Höft neu denken
Antrag der Fraktion der FDP vom 12. Oktober 2017
(Drucksache [19/596 S](#))
20. Potenziale der GEWOBA im Wohnungsbau stärker als bisher nutzen
Antrag der Fraktion der CDU vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/597 S](#))
21. Wohnungen der GEWOBA an die Mieter veräußern – Neubau von
Wohnungen forcieren
Antrag der Fraktion der FDP vom 23. Oktober 2017
(Drucksache [19/600 S](#))
22. Perspektiven für Wohnungs- und Obdachlose schaffen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 7. Februar 2017
(Drucksache [19/459 S](#))
23. Perspektiven für Wohnungs- und Obdachlose schaffen!
Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und
Integration vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/709 S](#))

24. Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord nicht abhängen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. November 2016

(Drucksache [19/398 S](#))

25. Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord nicht abhängen!

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,

Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/713 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 24. Januar 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 25. Januar 2018)

Nr. 19/871

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 15. Juni 2017

(Drucksache [19/1127](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017

(Drucksache [19/1244](#))

2. Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. November 2017

(Drucksache [19/1354](#))

3. Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1418](#))
4. Einstellung und Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1419](#))
5. Rassistische und antisemitische Straftaten gegen religiöse Einrichtungen und Gedenkorte und Umsetzung der Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1452](#))
6. Mülltourismus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1453](#))
7. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))
8. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/872

Zulagen auch für Notfallsanitäter

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1182](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/873

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**"Gesundheit ist Lebensqualität: Senat darf Patienten,
Beschäftigte und Kliniken nicht im Stich lassen!"**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/874

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 22. Januar 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/1413](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Opfer des § 175 Strafgesetzbuch dürfen bei den Renten nicht benachteiligt werden

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 6. Dezember 2017

(Drucksache [19/1441](#))

Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Regelung einzusetzen, die die Benachteiligung bei der Berechnung der Rentenansprüche von Opfern des §175 Strafgesetzbuch ausgleicht. Dabei sollte der Senat eine Orientierung am Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet vom 23. Juni 1994, eventuell ergänzt um einen steuerfinanzierten Härtefallfonds, vorschlagen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

3. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2016

Bericht des Rechnungshofs vom 1. September 2017

(Drucksache [19/1215](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2016

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 7. Dezember 2017

(Drucksache [19/1442](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 im Haushaltsjahr 2016 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH 2015 und 2016
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2017

(Drucksache [19/1444](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen – Zukunftsfähigkeit Bremer Abschlüsse sichern
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2017
(Drucksache [19/1445](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2016
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1454](#))

Die Bürgerschaft überweist den Geschäftsbericht und die Haushaltsrechnungen zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1461](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 25
vom 12. Januar 2018
(Drucksache [19/1473](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für
Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete
Claudia Bernhard

anstelle des Abgeordneten Nelson Janßen zum stellvertretenden Mitglied
des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung
Antrag der Fraktion der CDU vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1475](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und
Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/875

Pakt für die innere Sicherheit

Antrag der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2016

(Drucksache [19/296](#))

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Dezember 2017**

(Drucksache [19/1433](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen, der Änderungsantrag ist dadurch erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/876

Pakt für die innere Sicherheit

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017

(Drucksache [19/1205](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/877

**Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere
Kinderbetreuung ermöglichen?**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017

(Drucksache [19/1202](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/1414](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/878

**Bauzeitüberschreitungen führen zu Mehrkosten und Verzögerungen –
Wann kommt der Hafentunnel in Bremerhaven?**

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 11. Oktober 2017

(Drucksache [19/1265](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/1415](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/879

**Sportlehrerinnen, Sportlehrer und Sportunterricht an Schulen im Land
Bremen – Sachstand und Zukunft**

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/1103](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1183](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/880

Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2017

(Drucksache [19/1119](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1177](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/881

Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 16. Juni 2017

(Drucksache [19/1129](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1185](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/882

Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Juni 2017

(Drucksache [19/1135](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/883

Landwirtschaftliche Betriebe öffnen

Antrag der Fraktion der CDU vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1167](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, innerhalb von sechs Monaten ein Konzept vorzulegen, wie das Bremer Gaststättengesetz geändert werden kann, damit Landwirte auf dem eigenen Hof anlassbezogen selbst erzeugte landwirtschaftliche Produkte unbürokratisch verkaufen und ausschenken können.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Bürgerschaft (Landtag) am 25. Januar 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 26. Januar 2018)

Nr. 19/884

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. August 2017

(Drucksache [19/1201](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/885

Das Handwerk stärken – Meisterbonus auch in Bremen einführen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 14. Dezember 2017

(Drucksache [19/1449](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/886

Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU,
DIE LINKE und der FDP vom 24. Januar 2018

(Drucksache [19/1498](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jede Form von antisemitischen Haltungen und Verhalten, in dem Hass gegenüber jüdischen Bürgerinnen und Bürgern, jüdischen Gemeinde- oder religiösen Einrichtungen Ausdruck verliehen wird.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen entgegen. Ein starkes und vielfältiges Judentum und sichtbares jüdisches Leben bereichert das Zusammenleben und festigt den Zusammenhalt von Menschen verschiedenen Glaubens in unserem Land.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt, dass in Bremen und Bremerhaven jeder Form von Antisemitismus mit allen Mitteln des Rechtsstaats begegnet und ein entsprechendes Verhalten eine konsequente Ahnung finden wird.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:
 - a) Die Absichtserklärung der Kultusministerkonferenz (KMK) aus dem Jahr 2013 umzusetzen und ein Kooperationsabkommen mit der „International School for Holocaust Studies (ISHS)“ in Yad Vashem zu schließen, entweder in Form einer eigenständigen Vereinbarung

zwischen dem Land Bremen und der ISHS oder über eine (Mit-)Nutzung der Kapazitäten der niedersächsischen Kooperationsvereinbarungen.

b) Die Erfassung antisemitischer Straftaten durch die Sicherheitsbehörden sicherzustellen. Die Schaffung entsprechender Strukturen soll den Betroffenen das Anzeigen antisemitischer Straftaten erleichtern und damit Dunkelziffern reduzieren.

Antisemitische Straftaten sollen im Verfassungsschutzbericht wieder explizit ausgewiesen und stärker als bislang die den Taten zugrundeliegende Motivation der Täter erfasst werden.

c) Ein ressortübergreifendes Handlungskonzept „Stopp den Antisemitismus“ insbesondere zur Prävention und Bekämpfung des Antisemitismus mit besonderem Fokus auf junge Menschen, insbesondere an Orten der Bildung und Freizeit, zu erarbeiten und umzusetzen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat ferner auf, binnen sechs Monaten einen Bericht vorzulegen, in dem dargestellt wird, wie die Punkte 4. a) bis c) realisiert werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatskanzlei (federführend) und die Senatorin für Kinder und Bildung, den Senator für Inneres, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Kultur zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/887

Fragestunde

1. Straftaten in Flüchtlingsheimen

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 30. November 2017

2. Ergebnis des Pflegestellen-Förderprogramms in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 30. November 2017

3. Wie zuverlässig ist die NordWestBahn?
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 30. November 2017
4. Sanierungsbedarf der Straßenbrücken im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 30. November 2017
5. Aufhängung AfD-feindlicher Banner an öffentlichen Gebäuden
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 4. Dezember 2017
6. Gezieltes Werben um Lehrerinnen und Lehrer für den Schuldienst in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Dezember 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Wie geht es weiter mit der Wasserschutzpolizei Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. Dezember 2017
8. Werden noch Wirtschaftsstrafsachen am Bremer Landgericht verhandelt?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2017
9. Bitcoins – leeres Kapital bei Vermögensabschöpfung?
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 7. Dezember 2017
10. Sachbeschädigung im Haus des Justizsenators
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 11. Dezember 2017
11. Flüchtlinge in Ausbildung
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 11. Dezember 2017

12. Warum müssen Geflüchtete trotz Leerstand in Zelten leben?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 14. Dezember 2017
13. Erstattungsforderungen an Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer für syrische Familienangehörige?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Dezember 2017
14. Einfluss der beantragten Insolvenz der Paracelsus-Kliniken auf die medizinische Versorgung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 22. Dezember 2017
15. Gesundheitsgefährdung in Shisha-Bar
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 8. Januar 2018
16. Verteilung der Entlastungsstunden aus dem Handlungskonzept „Frühkindliche Bildung und Schule“
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 17. Januar 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/888

**Umgang mit von Abschiebung bedrohten suizidgefährdeten
Geflüchteten durch Ausländerbehörden und Gesundheitsämter im
Bundesland Bremen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 29. Juni 2017

(Drucksache [19/1138](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1178](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/889

Kulturelle Filmförderung im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Juli 2017

(Drucksache [19/1146](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017

(Drucksache [19/1252](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/890

Vorkurse im Schuljahr 2017/2018 an den Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 1. August 2017

(Drucksache [19/1161](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache [19/1227](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/891

Integrierte Modelle eines kontinuierlichen Deutschunterrichts als Alternative zum Vorkursmodell?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 5. September 2017

(Drucksache [19/1223](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1463](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/892

Landeserstaufnahmestelle Gottlieb-Daimler-Straße unverzüglich schließen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1459](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/893

Nebentätigkeiten und öffentlicher Dienst

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 17. August 2017

(Drucksache [19/1187](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017

(Drucksache [19/1260](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/894

Finanzielle und personale Voraussetzungen für auskömmlichen Bauunterhalt und Sanierung sowie Errichtung von Neubauten im öffentlichen Eigentum Bremens

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21. August 2017

(Drucksache [19/1193](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017

(Drucksache [19/1253](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/895

Stand und Perspektiven der Provenienzforschung in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. August 2017

(Drucksache [19/1199](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. September 2017

(Drucksache [19/1254](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/896

Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 22. August 2017

(Drucksache [19/1203](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit Handels- und Umweltverbänden ein Konzept für ein Mehrwegbechersystem – inklusive eines Pfand- und flexiblen Rückgabesystems – für Bremen zu entwickeln, um die Verwendung von Einwegbechern zu reduzieren.
2. sich auf Bundesebene für die einheitliche Einführung eines entsprechenden Systems einzusetzen.
3. der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft binnen sechs Monaten zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/897

Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. September 2015

(Drucksache [19/60](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/898

**Raumsituation an bremischen Hochschulen – Konzept
schnellstmöglich vorlegen**

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. September 2015

(Drucksache [19/65](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/899

**Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität und
Raumsituation an den bremischen Hochschulen**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit vom 15. September 2017

(Drucksache [19/1237](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für
Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/900

**Alarmsignale wahrnehmen – Politikunterricht in den Bremer Schulen
stärken**

Antrag der Fraktion der FDP vom 15. August 2016

(Drucksache [19/684](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/901

Fächerintegration an Schulen im Land Bremen auf den Prüfstand stellen

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. August 2016

(Drucksache [19/703](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/902

Schulisches Lernfeld „Gesellschaft“ stärken, Interdisziplinarität erhalten

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 15. September 2016

(Drucksache [19/742](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/903

Alarmsignale wahrnehmen – Politikunterricht in den Bremer Schulen stärken

Fächerintegration an Schulen im Land Bremen auf den Prüfstand stellen

Schulisches Lernfeld „Gesellschaft“ stärken, Interdisziplinarität erhalten

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vom 29. November 2017

(Drucksache [19/1422](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/904

**Gesetz zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung
rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster
Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1462](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist den Gesetzesantrag an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/905

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes
Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft umsetzen – Bremisches
Wohn- und Betreuungsgesetz nachträglich befristen**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und DIE LINKE vom 23. Januar 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1474](#) vom 16. Januar 2018)

(Drucksache [19/1496](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/906

Änderung der Bremischen Landeswahlordnung (BremLWO)

Antrag der Fraktion der FDP

vom 14. Oktober 2016

(Drucksache [19/777](#))

Der Antrag ist durch die Annahme der Drucksache [19/1487](#) erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/907

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Zwischenbericht und Dringlichkeitsantrag des nichtständigen Ausschusses Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts vom 22. Januar 2018

(Drucksache [19/1487](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Bremische Landeswahlordnung wie folgt zu ändern:

a) § 28 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„Dem Wahlvorschlag soll in elektronischer Form das Logo der einreichenden Partei oder Wählervereinigung beigelegt werden. Das Logo darf:

1. an textlichen Elementen lediglich den Namen der einreichenden Partei oder Wählervereinigung, eine Abkürzung dieses Namens, eine Eigenbezeichnung oder eine Verbindung dieser Elemente enthalten,
2. maximal 12,2 cm breit und maximal 3 cm hoch sein,
3. keine rechtswidrigen Elemente beinhalten,

4. keine Urheberrechte verletzt. Das Haftungsrisiko tragen die einreichenden Parteien oder Wählervereinigungen“

b) In § 30 Absatz 4 Satz 3 werden nach der Angaben „§ 28 Absatz 6“ die Wörter „Satz 2 Nummern 1 und 2“ eingefügt.

c) die Anlagen 16a, 16b, 17a, 17b, 19a, 19b und 19c entsprechend dem Schreiben des Landeswahlleiters vom 19. Januar 2017 (Anlage 2 dieses Berichts) zu ändern.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/908

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1244](#))
2. Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1201](#))
3. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden
Antrag der Fraktion der CDU vom 24. August 2016
(Drucksache [19/712](#))

4. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1206](#))
5. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2016
(Drucksache [19/749](#))
6. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1207](#))
7. Gewalt bei Fußballspielen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. August 2017
(Drucksache [19/1211](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache [19/1261](#))
8. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!
Antrag der Fraktion der CDU vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1221](#))
9. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1222](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/1276](#))
10. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden
Antrag der Fraktion der FDP vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1235](#))
1. Lesung

11. Familiennachzug ist Integration – Recht auf Familie für Geflüchtete wieder herstellen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. September 2017
(Drucksache [19/1239](#))
12. Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1241](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 14. November 2017
(Drucksache [19/1378](#))
13. Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20. September 2017
(Drucksache [19/1250](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1430](#))
14. In der politischen Auseinandersetzung: Gewalt gegen Sachen und Personen entschieden verurteilen in Bremen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 4. Oktober 2017
(Drucksache [19/1257](#))
15. Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1286](#))
16. Ermittlung von Sozialindikatoren und Sozialstufen für die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 2. November 2017
(Drucksache [19/1283](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2017
(Drucksache [19/1446](#))

17. Volksentscheid zur Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft
Mitteilung des Senats vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1342](#))
18. Recht auf Familiennachzug abschaffen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1352](#))
19. Wir kommen wieder – Bremer Uni fit für die Exzellenzstrategie 2026 machen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1353](#))
20. Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1354](#))
21. Fahnden, Orten, sichtbar machen! – Mehr Tempo und Sicherheit durch effektive Nutzung mobiler Endgeräte in der Polizei
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2017
(Drucksache [19/1369](#))
22. Wissenschaftsfreiheit ist Grundpfeiler offener Gesellschaften
Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1429](#))
23. Entwicklung der Polizeieinsätze bei Fußballspielen in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 16. November 2017
(Drucksache [19/1403](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1464](#))

24. Tödliche Gefahr Asbest
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2017
(Drucksache [19/1405](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1465](#))
25. Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen im
Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1418](#))
26. Einstellung und Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1419](#))
27. Europäisches Solidaritätskorps (ESK) – Freiwilligensäule ausbauen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. November 2017
(Drucksache 19/1420)
28. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen
ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/266](#))
29. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen
ermöglichen
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1421](#))
30. Wie überfordert ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung bei der
Polizeiausbildung?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1428](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2018

(Drucksache [19/1480](#))

31. Zeitumstellung abschaffen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1434](#))

32. Interessen der deutschen Versicherten wahren – Missbrauch des Gesundheitssystems bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1435](#))

33. Erhöhte Wachsamkeit: Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1438](#))

34. Aufstiegsfortbildung stärker mit Studium gleichstellen – Einführung einer „Meisterprämie“ im Land Bremen prüfen

Antrag der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2017

(Drucksache [19/1439](#))

35. „Gendergerechte“ Sprache auch in Bremen nach europäischen Vorbild ausstreichen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 11. Dezember 2017

(Drucksache [19/1443](#))

36. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/1450](#))

37. Zulagen im öffentlichen Dienst zukünftig gerechter, übersichtlicher und planbarer gestalten

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/1451](#))

38. Rassistische und antisemitische Straftaten gegen religiöse Einrichtungen und Gedenkmale und Umsetzung der Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1452](#))
39. Mülltourismus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1453](#))
40. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))
41. Digitalisierung der Bremer Hochschulen voranbringen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1457](#))
42. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))
43. Verbindliche und einheitliche Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch durch medizinische Untersuchung
Antrag der Fraktion der CDU vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1476](#))
44. Familiennachzug für subsidiäre Schutzberechtigte neu regeln
Antrag der Fraktion der FDP vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1488](#))
45. Hochschulen fit für die Zukunft machen – digitale Potenziale nutzen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1489](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

- 3457.) 20. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher
(Vorlage 1850/19 und Neufassung der Anlage)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1850/19 die „20. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher“ sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 3458.) "Rassistische und antisemitische Straftaten gegen religiöse Einrichtungen und Gedenkort und Umsetzung der Empfehlungen des Unabhängigen Expertenkreise Antisemitismus"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1851/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1851/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19.12.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderung:
In der Antwort auf Frage 12 werden am Beginn des zweiten Absatzes die Worte „Auf niedrigschwelliger Ebene“ ersetzt durch das Wort „Es“.

- 3459.) Bericht zum Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher
hier: Abschlussbericht zur Kostenerstattung nach § 89d SGB VIII
(Vorlage 1852/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1852/19 den Bericht zum Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung,

Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher –
Abschlussbericht zur Kostenerstattung nach § 89d SGB VIII - zur Kenntnis.

- 3460.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des
Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
(Vorlage 1853/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 24.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der
Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom
24.01.2018 den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bremischen
Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie die
Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische
Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 3461.) Gesetzliche Absicherung eines Rechtsanspruches auf Beratung, Begleitung
und Unterstützung für Kinder und Jugendliche im SGB VIII bei sexueller
Gewalt (Drs. 19/637)
Ergebnis der Länderumfrage zur fachpol. Unterstützung einer Brem. BR-
Initiative
(Vorlage 1854/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1854/19 das Ergebnis der
Länderumfrage zu einer Bundesratsinitiative des Landes Bremen zur
„Gesetzlichen Absicherung eines Rechtsanspruches auf Beratung,
Begleitung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche im SGB VIII bei
sexueller Gewalt“ zur Kenntnis.
2. Der Senat übermittelt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den mit
Beschluss vom 21.02.2017 geforderten Bericht zum Umsetzungsstand
der geforderten Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Absicherung eines
Rechtsanspruches auf Beratung, Begleitung und Unterstützung für Kinder

und Jugendliche im SGB VIII bei sexueller Gewalt. (Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft).

3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der dritte Beschlussvorschlag unter „G.“ ersatzlos gestrichen wird.

3462.) Weiterentwicklung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes vom 21. Februar 1977 (Brem.GBl. S. 111 – 2040-i-2), zuletzt geändert durch Geschäftsverteilung des Senats vom 02.08.2016 (Brem.GBl. S. 434) (Vorlage 1855/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1855/19 den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes in der anliegenden Fassung zur Kenntnis und stimmt der Einleitung des Beteiligungsverfahrens zu.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ im zweiten Satz die Worte „und Wissenschaft“ ersatzlos gestrichen werden.

3463.) Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen (Vorlage 1856/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1856/19 dem Entwurf einer Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft zu.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung / Abstimmung“ die Worte „, der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz“ ersatzlos gestrichen werden.

- 3464.) "Wann wird das Jugendamt in die Lage versetzt, gesetzliche Aufgaben vollumfänglich und zeitnah wahrnehmen zu können?"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1857/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 13. Februar 2018 aus.

- 3465.) "Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1858/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 22.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 22.01.2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 08.11.2017 die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3466.) "Digitale Infrastruktur an Schulen im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1859/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 29.01.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 29.01.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3467.) Tagesordnung der 964. Sitzung des Bundesrates am 02.02.2018

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

001 Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten

Beschluss: Wahl gemäß Vorschlag (Herr Ministerpräsident Michael Kretschmer/Sachsen)
= Zustimmung zu Drs. 7/18

002 a Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
Niedersachsen (U)

Beschluss: freie Hand, Tendenz: Fassen der EntschlieÙung in sofortiger Sachentscheidung
= freie Hand, Tendenz Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung sowie zur Drs. 9/18

002 b Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
Nordrhein-Westfalen (U)

Beschluss: freie Hand, Tendenz: Fassen der EntschlieÙung nach Maßgabe, hilfsweise unverändert, für den Fall, dass TOP 2a keine Mehrheit findet
= freie Hand, Tendenz Zustimmung zu Drs. 3/1/18 für den Fall, dass TOP 2a keine Mehrheit findet sowie Tendenz Enthaltung für den Fall, dass TOP 2a eine Mehrheit findet.

003 EntschlieÙung des Bundesrates zur Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze
Berlin (U), Brandenburg (U), Mecklenburg-Vorpommern (U), Sachsen (U), Sachsen-Anhalt (U), Thüringen (U)

Beschluss: Fassen der EntschlieÙung nach Maßgabe
= Zustimmung zu Drs. 743/1/17

004 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des
Konsulargesetzes

Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf
= Zustimmung zu Drs. 772/17

005 Lagebericht der Bundesregierung über die
Alterssicherung der Landwirte 2017

Beschluss: Kenntnisnahme
= Zustimmung zu Drs. 722/17

006 Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche
Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung
der Einnahmen und Ausgaben, der
Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen
Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren
(Rentenversicherungsbericht 2017)
und
Gutachten des Sozialbeirats zum
Rentenversicherungsbericht 2017

Beschluss: Stellungnahme
= Zustimmung zu Drs. 733/1/17

007 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen
Parlaments und des Rates zur Änderung der
Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Errichtung einer
Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische
Bankenaufsichtsbehörde), der Verordnung (EU) Nr.
1094/2010 zur Errichtung einer Europäischen
Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für
das Versicherungswesen und die betriebliche
Altersversorgung), der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010
zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde
(Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde),
der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 über Europäische
Risikokapitalfonds, der Verordnung (EU) Nr. 346/2013
über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum,
der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 über Märkte für
Finanzinstrumente, der Verordnung (EU) 2015/760 über
europäische langfristige Investmentfonds, der
Verordnung (EU) 2016/1011 über Indizes, die bei
Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als
Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung
eines Investmentfonds verwendet werden, und der
Verordnung (EU) 2017/1129 über den Prospekt, der
beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei
deren Zulassung zum Handel auf einem geregelten
Markt zu veröffentlichen ist

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 697/1/17

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zu den Ziffern 5, 7, 8, 11 bis 13, 15, 17 bis 21

008 Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament:
Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen

Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung ohne einige Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 709/1/17

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zu den Ziffern 12, 14, 16, 18 bis 21

009 Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019-2020) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020

Beschluss: Stellungnahme

= Zustimmung zu Drs. 736/1/17

010 Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union

Beschluss: Enthaltung zur Subsidiaritätsrüge

= Enthaltung zu Drs. 756/1/17

011 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss:
Aktionsplan der EU 2017 - 2019 zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne einen Klammerzusatz

= Zustimmung zu Drs. 715/1/17

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zum geschweiften Klammerzusatz in Ziffer 6

012 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Hin zu einer möglichst breiten Verwendung alternativer Kraftstoffe - ein Aktionsplan zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe nach Artikel 10 Absatz 6 der Richtlinie 2014/94/EU, einschließlich einer Bewertung der nationalen Strategierahmen nach Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie 2014/94/EU

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung
= Zustimmung zu Drs. 721/1/17

013 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 726/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 3, 6, 7, 8 und 17**

014 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/106/EWG über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne eine Ziffer
**= Zustimmung zu Drs. 725/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu Ziffer 2**

015 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag
= Zustimmung zu Drs. 707/1/17

016 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 731/1/17 mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 8, 9, 17, 24, 28 und 31**

017 Verordnung zur Durchführung des § 118 Absatz 1, 1a und 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 765/17

018 Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe und Fassen einer EntschlieÙung
= Zustimmung zu Drs. 759/1/17

019 Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2015

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 773/17

020 Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Absatz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2018

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 774/17

021 Verordnung zur Änderung der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 4/18

022 Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Ratsarbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit)

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (RD Lars Koenig/NI)
= Zustimmung zu Drs. 720/1/17

023	Bestellung von Mitgliedern des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau
Beschluss:	Bestellung gemäß Vorschlag (Min Reinhold Hilbers/ NI) = Zustimmung zu Drs. 752/1/17
024	Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (Min Dr. Bernd Althusmann/NI) = Zustimmung zu Drs. 10/18
025	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von Äußerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 2/18
026	Entschließung des Bundesrates zur aufgabengerechten Mittelausstattung der Jobcenter zur Umsetzung des SGB II Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U), Rheinland-Pfalz (U), Thüringen (U)
Beschluss:	1. Mit Antragstellung (Senatsbeschluss am 09.01.2018) 2. falls Antrag auf sofortige Sachentscheidung erfolgt, Tendenz Zustimmung zum Antrag 3. Zustimmung zu Drs. 26/18
027	Entschließung des Bundesrates - Anwendungsregelungen Glyphosat Drs. 740/17 Thüringen (U), Bremen (B)
Beschluss:	1. Freie Hand zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 740/1/17 mit folgender Maßgabe: Freie Hand (Tendenz Zustimmung) zu Ziffer 1
028	Entschließung des Bundesrates – Rechtssicherheit für KWK-Anlagen bei der Höhe der EEG-Umlage für Eigenstromnutzung gewährleisten Drs. 23/18 Thüringen (U)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

029 Entschließung des Bundesrates: Anhebung des Ausbauziels Windenergie auf See Drs. XX/18 Schleswig-Holstein (U)

Beschluss: **1. Mitantragstellung (Senatsbeschluss am 23.01.2018)**
2. Überweisung an die Ausschüsse

Evtl. Nachträge

0xx Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes (Drs. 184/16) Sachsen (U)

Beschluss: **1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung**
2. Zustimmung zur Einbringung nach Maßgabe
3. Zustimmung zur Beauftragtenbestellung

0xx Antrag auf Entscheidung des Bundesrates über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) gemäß Art. 21 Abs. 3 GG in Verbindung mit §§ 13 Nr. 2a, 43 ff. BVerfGG von der staatlichen Parteienfinanzierung Saarland (U)

Senatsbeschluss vom 24.10.2017: Freie Hand (Hinweis: es soll ein Antrag aller Länder gestellt werden)

2. Der Senat stellt fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling, Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Senator Dr. Lohse und Frau Staatsrätin Hiller an der 964. Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

3468.) Kardiologisches Forschungs- und Ausbildungszentrum am Klinikum Links der Weser (Vorlage 1860/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den Inhalt der Vorlage 1860/19 zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der unentgeltlichen Nutzungsüberlassung eines Grundstücksteils auf dem Gelände des KLdW von ca. 1.600 qm von der

GeNo an die Stiftung Bremer Herzen zur Errichtung eines Kardiologischen Forschungs- und Ausbildungszentrums durch Abschluss eines Unter-Nutzungsüberlassungsvertrages zu.

3. Der Senat stimmt der jährlichen Zustiftung der GeNo an die Stiftung Bremer Herzen für die Unterhalts- und Betriebskosten des Kardiologischen Forschungs- und Ausbildungszentrums in Höhe von bis zu 72 T€ p.a. zuzüglich des jährlichen Inflationsausgleichs für die Dauer von 30 Jahren zu.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Geschäftsführung der GeNo anzuweisen, den Unter-Nutzungsüberlassungsvertrag und die Zustiftungsvereinbarung mit den in der Vorlage beschriebenen Konditionen mit der Stiftung Bremer Herzen abzuschließen.

3469.) Entwurf eines Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (Vorlage 1861/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1861/19 den Entwurf des Gesetzes „Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung unter der Maßgabe folgender Änderungen:
 - In der Mitteilung des Senats wird die Abkürzung des Gesetzstitels „BremAGDSGVO“ ersetzt durch „BremDSGVOAG“.
 - In § 2 Abs. 6 werden nach der Zahl „2016/680“ die Worte „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung

sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des
Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABl. Nr. L 119 S. 89)
eingefügt.

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und
Abstimmung“ nach dem Wort „geprüft.“ alle weiteren Sätze gestrichen
werden.

3470.) "Bereitstellung einer LNG-Infrastruktur für Lkw im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
(Vorlage 1862/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 6. Februar 2018 aus.